

1. TEIL: DIE ARBEITEN AN DER KODIFIKATION

I. Erste (erfolglose) Bemühungen

1. Der Wunsch nach Rechtsvereinheitlichung im neuen Kanton	1
2. Die an ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch geknüpften Wünsche	7
3. Die Einsetzung einer "Gesetz-Entwerfungs-Kommission" und ihr Auftrag	20
4. Der Auftrag an Samuel Ludwig Schnell	29
5. Ein kurzes Zwischenspiel und der neuerliche Auftrag an Schnell	37

II. Die Gesetzgebungsarbeiten unter Johann Jakob Rudolf Feer als Redaktor

1. Der Auftrag an Rudolf Feer	70
2. Exkurs zur Frage, warum das ABG als Vorlage für die Arbeiten im Aargau gewählt wurde	74
3. Die Person des Redaktors Rudolf Feer	81
4. Die Gesetzgebungsarbeiten zum Personenrecht	97
5. Die Gesetzgebungsarbeiten zu einem Sachenrecht	103
6. Der Rücktritt von Rudolf Feer von seiner Arbeit als Redaktor	107
7. Vergebliche Bemühungen während 10 Jahren/Das "Zwischenspiel Bruggisser"	111

III. Die Fortsetzung und Beendigung der Kodifikationsarbeiten unter Franz Waller

1. Der Auftrag an Franz Waller	134
2. Die Person Franz Waller	138

3. Kurzaufsatz der Gesetzgebungsarbeiten unter Waller, Übersicht über die Aktenlage	144
a) Das Personenrecht	144
b) Das Sachenrecht	146
c) Das Obligationenrecht	147
d) Das Erbrecht	148

**2. TEIL. DER BEGRIFF DES BÜRGERLICHEN RECHTS ÜBER-
HAUPT UND DES RECHTSSUBJEKTES IM SPEZIELLEN
(Inhalt und Bedeutung/rechtsphilosophische
und staatspolitische Grundlage)**

I. Der Begriff des bürgerlichen Rechts und des Rechtssubjektes	
1. Vorbemerkung: Die aargauische Kodifi- kationsgeschichte als Teil einer euro- päischen Entwicklung (methodischer Hinweis)	149
2. Der neue Begriff des bürgerlichen Rechts im 19. Jahrhundert	154
3. Die objektive Rechtsordnung als Funk- tion des subjektiven Rechts	157
4. Das Verhältnis des Begriffs des Rechts zum Begriff des Rechtssubjektes	161
5. Begriff von Recht und Person im öst. ABGB und im aarg. Personenrecht von 1826	163
6. Wichtigstes Attribut der "Persönlich- keit": Fähigkeit zum Rechtserwerb (Rechtsfähigkeit)	171
7. Der Begriff der Persönlichkeit im revidierten Personenrecht des ABG von 1848	175

II. Inhalt und Bedeutung der Rechtsgleichheit

1. Die Rechtsgleichheit als allgemeine und gleiche Rechtsfähigkeit	179
2. Das Prinzip der Rechtsgleichheit im aargauischen Personenrecht von 1826	181
3. Die Abweichungen vom österreichischen ABGB und deren Gründe	183
4. Die Unterschiede zwischen dem alten und neuen aargauischen Personenrecht	188
5. Inhalt und Bedeutung der so verstandenen Rechtsgleichheit	192
6. Die Bedeutung des Prinzips der Gleichheit bezogen auf eine konkrete historische Situation	203

III. Das Verhältnis Staat - Gesellschaft

1. Ausgangslage aufgrund des bürgerlichen Rechtsbegriffs	212
2. Funktion von Recht und Gesetz in der bürgerlichen Gesellschaft/Die Trennung von Staat und Gesellschaft	214
3. Die unterschiedlichen politischen Verhältnisse in Oesterreich und im Aargau	217
4. Trennung von Gesellschaft und Staat im Kanton Aargau	221
5. Trennung von Staat und Gesellschaft bedeutet nicht Neutralität dieses Staates zur Gesellschaft	227
6. Scheinbare und echte Durchbrechung der Trennung von Staat - Gesellschaft	229
a) Der Vorbehalt von § 7 ABG zugunsten der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten	230
b) Eigentum und Eigentumsbeschränkungen	237

IV. Exkurs: Die Behandlung der juristischen Person	245
--	-----

3. TEIL: DAS EIGENTUM UND DESSEN BESCHRÄNKUNG

I. Die Eigentumslehre Zeillers und deren Ausformung im öst. ABGB	
1. Vorbemerkung	262
2. Vom Recht, Eigentum zu erwerben	265
a) Vorbemerkung	265
b) Die unmittelbare oder ursprüngliche (originäre) Eigentumserwerbung als zentrale Frage dieser Eigentumslehre	266
3. Charakterisierung dieser Eigentumslehre	277
a) Diese Eigentumslehre ist individualistisch	277
b) Diese Eigentumslehre ist formalistisch	280
c) Diese Eigentumslehre ist abstrakt	283
4. Funktion und Bedeutung der Lehre vom originären Eigentumserwerb für eine bürgerliche Rechtstheorie	285
II. Die Eigentumslehre bei Feer und in dessen Sachenrechtsentwurf	
1. Vorbemerkung	293
2. Der Eigentumsbegriff	296
3. Die Beschränkung des Eigentums als (ungern gesehene) Ausnahme von der Eigentumsfreiheit	304

4. Arten von Eigentumsbeschränkungen	306
a) Eigentumsbeschränkungen aufgrund des Gemeinwohls (namentlich die Enteignung)	307
b) Eigentumsbeschränkungen zum "Be- sten des Nachbarn" (Nachbarrecht)	318
III. Das Eigentumsrecht des ABG	
1. Vorbemerkung	324
2. Umfang des Sachenrechts des ABG ver- glichen mit dem Entwurf Feers / Ver- hältnis des neuen Sachenrechts zur Feerschen Vorlage	325
3. Das neue System	327
4. Begriff und Inhalt des Eigentums	330
5. Das gemeinschaftliche Eigentum / Die Grenzen	335
6. Die Beschränkung des Eigentums im allgemeinen	340
7. Die besonderen gesetzlichen Eigen- tumsbeschränkungen	344
a) Der Grundsatz	345
b) Uebersicht über die nachbarrecht- lichen Eigentumsbeschränkungen / Die besondere Problematik des landwirtschaftlichen Nachbar- rechts	345
c) Aufnahme des Wassers	347
d) Entsumpfung/Brunnenleitungen	351
e) Zelgrecht und Anlage von Wegen (Notwege)	367
8. Verbreitung und Ablösung des Zelg- rechtes	383
9. Bestrebungen, den landwirtschaft- lichen Anliegen auf anderen Wegen zum Durchbruch zu verhelfen	392
10. Kritik am Sachenrecht des ABG durch die Landwirtschaft	400

IV. Die Dienstbarkeiten	
1. Vorbemerkung	412
2. Dienstbarkeiten als Beschränkung des ursprünglich freien Eigentums	413
3. Das Wesen der Dienstbarkeiten/Unterschiede zu den altrechtlichen Eigentumsbeschränkungen	418
4. Herrschaft des Vertrages und Realität	422
5. Einzelne Bemerkungen zur Ausgestaltung des Rechts über die Dienstbarkeiten	425
a) Nicht jeder mögliche Inhalt einer Last wird gesetzlich anerkannt	425
b) Schonende Rechtsausübung	426
c) Erlöschen der Dienstbarkeiten durch Verlust des Nutzens	427
d) Rechte und Pflichten / Beziehung zwischen Berechtigtem und Verpflichtetem	430
e) Der Schutz der öffentlichen Bücher wird den Dienstbarkeiten versagt	433

4. TEIL. DER VERTRAG

I. Vorbemerkung	435
II. Der Begriff des Vertrages	437
III. Anwendung dieser Vertragslehre	
1. Der Wucher	441
2. Die Willensmängel	446
3. "Verletzung über die Hälfte" (§ 682 ABG)	448
4. Der Arbeitsvertrag	449

IV. Der Markt als Regulator des Vertragsinhaltes	455
V. Die Vertragsfreiheit ist nicht absolut und abstrakt, sondern funktional und konkret	459
1. Ausgangslage und Fragestellung	459
2. Der "Klosterartikel"	460
3. Ungültigkeit von vertraglichen Verfügungsbeschränkungen über Liegenschaften	462
4. Erbverträge als nicht gern gesehene Verträge	468
5. Weitere Beschränkungen der Verfügungsfreiheit	476
a) Die fideikommissarischen Verfügungen	477
b) Beschränkung der Verfügungen zugunsten der Kirche und geistlicher Zwecke	478
VI. Die ideologische Bedeutung des Vertrages und der Vertragsfreiheit	
1. Allgemeines	485
2. Beispiel Arbeitsvertrag	494
Quellenverzeichnis	503
Literaturverzeichnis	508